Stadtverordnetenversammlung der
Landeshauptstadt Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

23/SVV/0380

öffentlich

Betreff:
Abriss-Moratorium für den Staudenhof-Wohnblock - Wohnraum erhalten und Stadtkasse entlasten

Einreicher: Stadtverordnete mehrerer Fraktionnen (siehe Anlage)	Erstellungsdatum: 17.04.2023
	Freigabedatum:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
03.05.2023	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Angesichts des akuten Mehrbedarfs an günstigem Wohnraum, sowie der angespannten Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam beschließt die Stadtverordnetenversammlung ein mindestens 3-jähriges Abrissmoratorium für den Wohnblock Am Alten Markt 10 (Staudenhof).

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Oberbürgermeister dazu auf, als städtischer Vertreter in der Gesellschafterversammlung alle Prozesse im Zusammenhang mit dem geplanten Abriss des Wohngebäudes am Alten Markt 10 für diese Zeit auszusetzen.

gez. AntragstellerInnen (siehe Anlage)

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht: ☐

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? ☐ Ja ☐ Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Frage, ob der Staudenhof-Wohnblock abgerissen werden soll, bewegt seit Jahren die Stadtgesellschaft. Auch die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung vertreten dazu unterschiedliche Standpunkte. Aber egal, wie man sich in dieser Frage positioniert – zum jetzigen Zeitpunkt werden die 182 bereits genutzten oder kurzfristig verfügbaren Wohnungen im Wohnblock Am Alten Markt 10 dringend für die Unterbringung von geflüchteten Menschen benötigt.

Auf Grund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat Potsdam im vergangenen Jahr bereits 2.500 Menschen, die vor dem Krieg flohen, aufgenommen. Nach aktuellen Schätzungen werden bis zum Ende des Jahres 1.500 weitere Menschen nach Potsdam kommen.

Die Beschäftigten des KIS, der ProPotsdam und der Stadtverwaltung suchen seit Monaten jede zur Verfügung stehende Wohnung, buchen Hotelzimmer, mieten Mehrzweckhallen an und haben ein Sonderwohnbauprogramm auf den Weg gebracht. Für die spätere Anmietung dieser Wohnungen entstehen der Landeshauptstadt Potsdam enorme Kosten von monatlich 23 Euro pro qm Wohnfläche.

Außerdem plant die Landeshauptstadt Potsdam eine weitere große Gemeinschaftsunterkunft für knapp 500 geflüchtete Menschen. Eine Einrichtung dieser Größe stellt nicht nur einen Bruch mit dem Prinzip der dezentralen Unterbringung in kleinen Gemeinschaftsunterkünften dar, sondern verursacht auch Baukosten von 30.000 Euro pro Unterbringungsplatz bzw. 15 Millionen Euro Gesamtkosten.

In dieser angespannten Situation die 182 Wohnungen im Staudenhof zu vernichten, die genau jetzt dringend benötigt werden, ist weder erklärbar, noch wirtschaftlich zu verantworten. In den 182 Wohnungen des Staudenhofes können mindestens 360 Personen untergebracht werden. Gerade jetzt müssen diese uns zur Verfügung stehenden Ressourcen weiter genutzt werden, um Kosten in Höhe von mindestens 10 Millionen Euro einzusparen.

Es ist auch fraglich, wie die ProPotsdam die anhängigen Räumungsklagen gegen die letzten Mieter erfolgreich führen soll, wenn sie einerseits die Klage darauf stützt, dass das Gebäude nicht mehr wirtschaftlich sanier- und verwertbar sein soll, aber an anderer Stelle zweistellige Millionenbeträge für provisorische Unterkünfte investiert, die ohne den Abriss des Staudenhof-Wohnblocks teilweise vermeidbar wären.

Der Abriss des Staudenhof-Wohnblockes sollte daher mindestens für die kommenden drei Jahre ausgesetzt werden.

Antragsteller:innen:

Janny Armbruster (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Michél Berlin (Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam)

Sven Brödno (Fraktion DIE aNDERE)

Dr. Anja Günther (Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam)

Ralf Jäkel (Fraktion DIE LINKE)

Laura Kapp (Fraktion DIE aNDERE)

Sascha Krämer (Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam)

Sara Krieg (Fraktion DIE aNDERE)

Tina Lange (Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam)

Andreas Menzel (Freie FRAKTION)

Denny Menzel (Fraktion DIE aNDERE)

Dr. Sigrid Müller (Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam)

Fedor Nocke (Freie FRAKTION)

Falk Richter (Fraktion DIE aNDERE)

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (Fraktion DIE LINKE)

Jana Schulze (Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam)

André Tomczak (Fraktion DIE aNDERE)

Isabelle Vandre (Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam)

Andreas Walter (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Stefan Wollenberg (Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam)